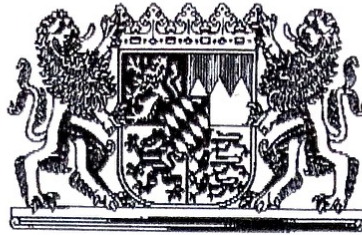


20 CE 20.811  
M 26 E 20.1619



## Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

In der Verwaltungsstreitsache

[REDACTED]  
[REDACTED]

- Antragsteller -

[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

gegen

**Landeshauptstadt München**  
**KVR HA I, Sicherheit und Ordnung, Mobilität Rechtsangelegenheiten Recht,**  
**Sühne- und Gütestelle,**  
vertreten durch den Oberbürgermeister,  
Ruppertstr. 19, 80337 München,

- Antragsgegnerin -

wegen

Infektionsschutzgesetz  
(Antrag nach § 123 VwGO);

hier: Beschwerde der Antragsgegnerin gegen den Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichts München vom 17. April 2020,

erlässt der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, 20. Senat,  
durch den Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgerichtshof Kraheberger,  
den Richter am Verwaltungsgerichtshof Dr. Hahn,  
die Richterin am Verwaltungsgerichtshof Dr. Wendelin

ohne mündliche Verhandlung am 17. April 2020  
folgenden

**Beschluss:**

- I. Die Beschwerde der Antragsgegnerin wird zurückgewiesen, weil nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (B.v. 15.4.2020 – 1 BvR 828/20 – juris) und des erkennenden Senats (B.v. 9.4.2020 – 20 CE 20.755 – der Antragsgegnerin bekannt) die verfassungsrechtlichen Maßgaben des Art. 8 Abs. 1 GG leerzulaufen drohen, wenn – wie hier – gegen die Zulässigkeit einer Versammlung pauschale Bedenken geltend gemacht werden, die jeder Versammlung entgegengehalten werden müssten, ohne dabei die im konkreten Einzelfall maßgeblichen Umstände (wie die Örtlichkeit, die voraussichtliche Teilnehmerzahl, das Thema und den Inhalt der Versammlung) in hinreichender und nachvollziehbarer Weise zu berücksichtigen.
- II. Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Beschwerdeverfahrens.
- III. Der Streitwert wird in Abänderung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung für beide Rechtszüge auf jeweils 5.000,00 Euro festgesetzt.

Diese Entscheidung ist nicht anfechtbar (§ 152 Abs. 1 VwGO).

Kraheberger

Dr. Hahn

Dr. Wendelin